

Die Rolle von Frauen in kriegerischen Konflikten¹

Das Beispiel der Gender Task Force des Stabilitätspakts für Südosteuropa

Spielen Frauen eine besondere Rolle bei der Konfliktverhütung, bei der Krisenbewältigung und bei der Normalisierung der Lage nach einem Konflikt?

In Südosteuropa ist das keine akademische Frage. Sie lässt sich ganz konkret anhand der Analyse der Rolle von Frauen in allen drei Phasen - Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegsphase - der Konflikte in der heutigen Stabilitätspakt-Region beantworten.

Alle Länder in der Stabilitätspakt-Region sind Transformationsländer. Transformation ist lediglich eine Form von Globalisierung. Krieg ist nur eine Art aufgeschobene und entstellte Transformation - ihre brutalste, unmenschlichste und zerstörerischste Form.

Als die Transformation Mitte der achtziger Jahre im Jugoslawien nach Tito in Schwung kam, gab die müde gewordene kommunistische Machtelite auf und gestand damit ein, dass der jugoslawische Bund der Kommunisten keine angemessenen Antworten auf die Herausforderungen der Globalisierung hatte. Neue politische Akteure betraten die Bühne.

In Serbien (mit zerschlagenen Autonomieregelungen für das Kosovo und die Vojvodina) und Montenegro kamen zu Nationalisten gewordene frühere Kommunisten an die Macht. In Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Mazedonien nahmen demokratisch gewählte - vorwiegend nationalistische - Mitte- und Rechts-Parteien oder Parteienkoalitionen den schwierigen Transformationsprozess auf.

Auf der ganzen Welt ist Transformation ihrem Wesen nach eine gewaltige Umverteilung von politischer Macht und von Reichtum sowohl innerhalb jeder einzelnen Nation als auch zwischen den Nationen. Ihr Verlauf ist unumstritten: Die Reichen und Mächtigen werden noch reicher und mächtiger, die Armen und Machtlosen werden noch ärmer und machtloser.

In einigen Fällen, wie auf dem Balkan, ging die Transformation mit dem brutalen Versuch einher, auch Staatsgebiete und sogar Bevölkerungen neu aufzuteilen. Aggressive nationalistische Bürgerkriege waren für die Umverteilung nur das praktischste Werkzeug.

In der Stabilitätspakt-Region verläuft die Transformation nach unterschiedlichen Mustern: Slowenien bewältigte sie in einem langsamen graduellen Reformprozess, Ungarn in Form einer Schocktherapie, Rumänien, Bulgarien,

¹ Dieser Beitrag gibt die persönlichen Ansichten der Autorin wieder und ist keine offizielle Stellungnahme der Arbeitsgruppe des Stabilitätspakts für Gleichbehandlung.

Albanien und Mazedonien durchleben eine Schocktherapie, die durch ein ständiges Hin und Her gekennzeichnet ist. In Kroatien, Bosnien und Herzegowina, im Kosovo, in Montenegro, Serbien und in der Vojvodina trat eine überaus brutale und verzerrte Transformation in der Maske "ethnischer" Kriege auf. Warlords und das organisierte Verbrechen profitierten am meisten von diesem Prozess.

Nach welchem Muster auch immer die Transformation verläuft, sie ist ganz offensichtlich dem "Humankapital" feindlich gesonnen. In allen Staaten der heutigen Stabilitätspakt-Region waren Frauen genau das: Humankapital. Sie waren relativ gut ausgebildet, arbeiteten in der Regel vollzeitig, waren wirtschaftlich unabhängig und trafen ihre Entscheidung über die Familienplanung normalerweise selbst;² darüber hinaus trugen sie 90 Prozent der Verantwortung für Haushalt und Kinder. Und nun sollten sie plötzlich die "Hausmütterchen" und "Mütter der Nation" spielen.

Durch die ersten Mehrparteienwahlen wurden Frauen in allen Ländern der Region praktisch von politischen Entscheidungsgremien ausgeschlossen. Bestenfalls wurden sie zu Objekten ultrakonservativer rein männlicher Politik, im schlimmsten Fall zu Opfern der Kriege, die von der aggressiven, konservativen, nationalistischen und ausschließlich männlichen Politik geführt wurden.

Tabelle 1

Prozentualer Anteil von Frauen in Parlamenten und Regierungen in ausgewählten Ländern Südosteuropas

Land	Frauenwahlrecht	Höchster Anteil von Frauen im Parlam.	Gewählte Frauen 1990/1	Gewählte Frauen 1992/4	Gewählte Frauen 1996/8	Gewählte Frauen 1999	Ministerinnen 1999
Albanien	1920	1974-33,2	3,6	5,7		6,4	11,11
Bulgarien	1944	1981-21,8	12,9	13,3		10,8	0
Ungarn	1958	1980-30,1	7,3	11,4	8,3	8,3	8
Rumänien	1946	1985-34,4	3,6	4,1	7,3	7,3	0
Slowenien	1943/6	1982-26	11	14	7,8	7,8	0
Kroatien	1945	1982-17	4,4	5,8	7,8	7,8	?
BuH	1945	1982-23	5	3	26	26	0
Serbien, Vojvodina	1945		3	?	?	5,5	5,5
Montenegro	1945		3	?	?	?	0

Quelle: Dokumentation des *CEE Network for Gender Issues* und Veröffentlichungen der Interparlamentarischen Union 1995-1999

² Rumänien war in dieser Hinsicht eine Ausnahme; dort war Abtreibung verboten.

Zu Beginn der Transformation und vor den Kriegen reagierte die Mehrheit der Frauen fast genauso wie die Männer. Zu Tode erschrocken vor der Übernahme persönlicher Verantwortung für das eigene Leben und für sehr komplexe Gemeinschaften - was echte Freiheit nun einmal mit sich bringt - entschieden sich die meisten für die einfachere Lösung. In Zeiten zunehmender Arbeitslosigkeit und Armut und jeder Art von Diskriminierung ausgesetzt, entwickelten sie entweder private Überlebensstrategien oder wurden zu Anhängerinnen der neuen und "neo"-nationalistischen Führer. Die kollektive Identität der Arbeiterklasse und konformistisches Verhalten aus sozialistischen Zeiten ließen sich leicht in eine kollektive Ideologie und konformistische Akzeptanz der einzig richtigen Nation - "meiner Nation" - überführen.

Die vorherrschende politische Kultur änderte sich kein bisschen. Sie beruhte weiterhin auf autokratischer Führung, der Ausgrenzung des Andersartigen, staatlich veranlasster und gesetzwidriger politischer bzw. bewaffneter Gewalt. Die eine Lösung, individuelle Überlebensstrategien, bedeutete für die Mehrheit der Frauen den Rückzug ins Private, die andere hob sie mit in den Sattel des durchgehenden nationalistischen Pferdes. Beide endeten mit dem Kater der "ethnischen" Kriege ohne Sieger.

Frauen sind generell nicht besser als Männer. Die Mehrheit kann durch Gehirnwäsche in extreme Ideologien hineingezogen werden. Miloševićs glühendste Anhänger kamen aus den Reihen der wohlhabenden Frauen seines Establishments. Sie trugen den Spitznamen "Pelzmantel-Bewegung zum Schutz des Winters".

Sogar bestimmte zivilgesellschaftliche Frauengruppen, die ursprünglich gegründet worden waren, um ihre Söhne vor den Gefahren des Krieges zu bewahren, sind anfällig für Manipulationen. Der Fall der kroatischen Gruppe "Bollwerk der Liebe" ist allgemein bekannt. Auch betätigten sich einige Frauen in den Kriegen sowohl informell als auch offiziell als führende Kriegstreiberinnen (Mirjana Marković, Biljana Plavsić). Einige Frauen dienten als Soldatinnen in regulären Armeen und in Milizen. Einige waren Kriegsgewinnlerinnen. Die meisten Frauen jedoch waren machtlose Zivilisten.

In den modernen Kriegen der Jahrtausendwende ist es zehnmal gefährlicher Zivilist als Soldat zu sein.³ Die Rollen, die Frauen im Krieg hauptsächlich zufallen, sind die derjenigen, die den Alltag bewältigt, und die des Opfers: Opfer von Vergewaltigung, Opfer von "Kollateralschäden", Flüchtling, Vertriebene, Witwe. Frauen leiden auf ganz andere Weise unter dem Krieg als Männer. Daran liegt es auch, dass Frauen im Allgemeinen realistischer sind. Deshalb lehnen sie Krieg als Lösung auch schneller ab und deshalb begreifen sie schneller, dass Versöhnung der einzige Weg zur Normalisierung des Alltags ist. Deshalb haben sie weniger Schwierigkeiten, zu vergeben und zu ver-

3 Vgl. FAFO- und NUPI-Konferenz: "From Marginalization to Integration of Women in Peace Building", Recommendation for Policy and Practice, Berichtsentwurf, Oslo, Norwegen, Januar 2000.

gessen. Deshalb sind einige Frauen die glühendsten Pazifisten und deshalb sind sie die ersten, die für Friedensabkommen votieren. Und deshalb sind sie auch die ersten, die den Versöhnungsprozess aufnehmen.

Als Überlebende von Krieg und Gräueltaten sind viele Frauen qualifiziert, die Führung einer Gesellschaft nach einem Konflikt zu übernehmen. Stattdessen werden sie häufig einmal mehr marginalisiert.

Die Frage lautet: Warum und wie muss das geändert werden und wer kann das tun?

In der Geschichte der Menschheit - soweit sie aufgezeichnet ist - waren Frauen nie als eigenständiges selbstbewusstes politisches Subjekt organisiert. Während der Französischen Revolution war es ihnen ausdrücklich verboten, gleiche Bürgerrechte zu verlangen. Die Strafe für diese Forderung war der Tod durch die Guillotine (Olympe de Gouges).

In den sozialistischen Revolutionen waren Frauen zwar aufgefordert sich zu beteiligen, jedoch nur als disziplinierte Kämpferinnen, als Genossinnen im Klassenkampf. Zwar proklamierten die Revolutionäre die Gleichheit von Mann und Frau, die gesamte kommunistische "Avantgarde" bestand jedoch aus ziemlich machohaften und autokratischen Parteien. Frauen durften sich ausdrücklich nicht in irgendwelchen unabhängigen Organisationen zusammenschließen. Schon die schiere Andeutung eines Versuches in diese Richtung wurde mit Kerker und Tod in der einen oder anderen Art von Gulag bestraft.

Nach Titos Tod und vor dem Ausbruch der Kriege begann sich in Jugoslawien (in Slowenien, Kroatien und Serbien) eine Minderheit von Frauen in unabhängigen zivilgesellschaftlichen Organisationen und einer neuen Frauenbewegung zusammenzuschließen. Ende der achtziger Jahre forderten diese Gruppen politische und individuelle Frauenrechte. Sie standen in enger Verbindung mit den neuen zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die sich für politische Menschenrechte, Abrüstung und die Entmilitarisierung der Gesellschaft, die Rechte von Homosexuellen und den Umweltschutz einsetzten. Nach den ersten Mehrparteienwahlen wurden diese modernen demokratischen Frauenbewegungen völlig an den Rand gedrängt. Neue, zumeist nationalistische politische Parteien mit einem neuen politischen Programm, dem Programm "ethnischer" Kriege, kamen an die Macht. In diesem Programm war kein Platz für eine moderne Politik der Gleichstellung von Mann und Frau. Frauenbewegungen aus verschiedenen jugoslawischen Republiken versuchten gemeinsam, die Kriege zu verhindern, indem sie um öffentliche Unterstützung in der Zivilgesellschaft warben. Diese Versuche wurden von der internationalen *Mainstream*-Politik nie ernsthaft unterstützt und auch in ihren eigenen Ländern fanden sie keine wirkliche Unterstützung; sie scheiterten ausnahmslos.

Viele neue zivilgesellschaftliche Frauengruppen entstanden während der Kriege, insbesondere im Kosovo, in Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Mazedonien, Serbien, der Vojvodina, Montenegro und Albanien. Sie entstanden als moralischer Protest gegen den Krieg, so z.B. die "Frauen in Schwarz" in Serbien, die sich für die Beendigung des Krieges und die Bestrafung der Kriegsverbrecher einsetzten, und die "Aktion gegen den Krieg" in Zagreb und Belgrad. Sie entstanden auch aus der Notwendigkeit zur Selbsthilfe von Frauen, der Hilfe für die Opfer bewaffneter Auseinandersetzungen oder als Reaktion der Frauen auf den Zusammenbruch staatlicher Sozialfürsorge unter den Bedingungen von Staatsterror und Krieg (Biser's International Women's Initiative, Medica Zenica, die Frauen vom Fluss Una, alle in Bosnien und Herzegowina).

Während der Kriege in den Staaten, die aus dem früheren Jugoslawien hervorgegangen waren, arbeiteten alle diese Frauengruppen weiter und hielten untereinander über informelle, aber gut funktionierende Netzwerke Kontakt. Außerdem lernten sie, sich mit Frauenbewegungen in der ganzen Welt zu vernetzen und die Möglichkeiten zu nutzen, von internationalen staatlichen Organisationen Unterstützung zu erhalten, um wenigstens einige der Kriegsfolgen bewältigen zu können. Auf diese Weise wurde auf der VN-Weltfrauenkonferenz im Jahre 1995 in Beijing auch erreicht, dass Vergewaltigungen im Krieg völkerrechtlich als Verbrechen gegen die Menschlichkeit eingestuft wurden. Ebenso gelang es dadurch erstmals, in die Aktionsplattform von Beijing ein Kapitel über die Rolle von Frauen bei der Verhütung und Lösung bewaffneter Konflikte aufzunehmen.

Dennoch fanden diese Frauengruppen weder in der internationalen *Mainstream*-Politik noch in der Öffentlichkeit ihrer eigenen Ländern Beachtung oder Anerkennung als mögliche Akteure für Frieden und demokratischen Wandel.

Der Stabilitätspakt als internationale Initiative zum Wiederaufbau des Friedens, der der Region Demokratie, Menschenrechte, Wohlstand und Sicherheit bringen soll, entstand nicht aus heiterem Himmel, sondern nach einem Jahrzehnt bewaffneter Gewalt.

Das Dayton-Abkommen löste nicht die Probleme des demokratischen Zusammenlebens der drei Nationen - Serben, Kroaten und Muslime - in Bosnien und Herzegowina; es beendete lediglich die bewaffneten Kämpfe. Die NATO-Bomben lösten nicht das Problem der Koexistenz und des friedlichen Zusammenlebens von Serben und Albanern im Kosovo; sie beendeten nur die Verfolgung der Albaner im Kosovo. Die Bombardierungen lösten weder die Frage der serbischen Minderheit oder der Roma im Kosovo noch die der Albaner innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien, geschweige denn auf dem gesamten Balkan. Die bewaffneten Auseinandersetzungen in Mazedonien in jüngster Zeit führen die Komplexität der albanischen Frage in ihrer ganzen Tragweite vor Augen. Weder die Bomben der NATO noch das anschließende Friedensabkommen konnten die Probleme Jugoslawiens lösen. Der Zerfalls-

prozess Jugoslawiens ist noch nicht beendet: Das Kosovoproblem ist unter internationalem Protektorat "eingefroren", Montenegro versucht weiterhin sich loszulösen, in der Vojvodina nehmen separatistische Spannungen zu. Transformation durch Krieg erwies sich als der profitabelste Weg für diejenigen, die ihre Gier und ihren Machthunger unter dem Vorwand ungelöster nationaler Fragen verbergen konnten.

Die Verfasser des Dayton-Abkommens sahen Frauen nicht als potentielle Akteure für Frieden, Versöhnung und Demokratisierung an.⁴

Die internationale *Mainstream*-Politik war zu sehr mit den nationalen "Big Bossen" der kriegerischen Konflikte beschäftigt. In den von den bewaffneten Auseinandersetzungen betroffenen Ländern, die vom Krieg zerstört, in denen Rechtsstaatlichkeit nur schwach ausgeprägt, deren Medienfreiheit eingeschränkt und in denen Warlords an der Macht waren, gab es keine Möglichkeit, diese Frauengruppen bekannt zu machen.

Ist es überhaupt realistisch, Frauen als potentielle politisch handelnde Gruppe anzusehen, die willens und in der Lage ist, sich zu einer politischen Kraft zu entwickeln, die bewusst die Wiederholung des Missbrauchs der Transformation für ethnische Kriege verhindern kann?

Bereits 1994 erkannte die sozialistische Fraktion des Europaparlaments, dass die neu entstandenen sozialdemokratischen Parteien in den Transformationsländern Unterstützung beim Aufbau eines wirklich demokratischen programmatischen Profils und organisatorischer Strukturen benötigten. Deshalb gründeten sie eine kleine Stiftung, das Europäische Forum für Demokratie und Solidarität mit einer eigenen Frauen-Arbeitsgruppe, um die gute sozialdemokratische Tradition der Unterstützung der Gleichberechtigung als einen der wichtigsten Werte sozialdemokratischer Politik weiterzugeben.

Im Jahre 1998 wurde diese Arbeitsgruppe in das *Central and Eastern European (CEE) Network for Gender Issues* umgewandelt, ein elektronisches Netzwerk mit Sitz in Budapest, das alle sozialdemokratischen Frauengruppen der Region Mittel- und Osteuropa und viele zivilgesellschaftliche Frauengruppen, die sich für Menschenrechte von Frauen einsetzen, miteinander verbindet.⁵ Dieses Netzwerk passte mit Unterstützung der Frauenorganisation der Sozialdemokratischen Partei Norwegens ein norwegisches Schulungsmodul namens "Frauen können es" den Bedürfnissen sozialdemokratischer Frauen in Mittel- und Osteuropa an. In den Jahren 1998 und 1999 begann das *CEE Network for Gender Issues* mit der systematischen Schulung sozialdemokratischer Frauen in Führungspositionen sowie ihrer Verbündeten in der

4 Vgl. die Analyse der *Gender*-Aspekte der Friedensübereinkommen von Dayton: Kvinna till Kvinna, vorgelegt auf der Beijing +5-Konferenz der VN, New York 2000.

5 Weitere Informationen zum *CEE Network for Gender Issues* finden sich auf der Website des *European Forum for Democracy and Solidarity*: www.europeanforum.net/gender_issues/index.htm.

Zivilgesellschaft. Die Arbeit des Netzwerks war entscheidend für die Entwicklung eines Bewusstseins für Gleichstellungsfragen und für die Aufnahme der ersten Quotenregelungen in die Parteistatuten einiger sozialdemokratischer Parteien in der Region Mittel- und Osteuropa. Noch vor der Einführung des Stabilitätspaktes beeinflusste es in der Stabilitätspakt-Region die Programme und Statuten der sozialdemokratischen Parteien Sloweniens, Kroatiens sowie Bosniens und Herzegowinas. Das war ausgesprochen wichtig, da zivilgesellschaftliche Frauengruppen, die sich für Gleichberechtigung und Frieden einsetzen, so zum ersten Mal Verbündete in politischen Machtstrukturen gewannen. Doch bis Ende der neunziger Jahre waren all diese Verbündeten ziemlich schwache Parteien, die sich in der Opposition befanden.

Auf der Ebene internationaler *Mainstream*-Politik wurde das demokratische und friedensfördernde Potential zivilgesellschaftlich organisierter Frauen auf dem Balkan zuerst von der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina entdeckt. Nationalistische Führer aller drei Seiten unterminierten ständig die wichtigsten Beschlüsse des Dayton-Abkommens. Sowohl offen als auch versteckt blockierten sie die Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen, die gemeinsame Verwaltung ethnisch gemischter Städte sowie das normale Funktionieren gewählter legislativer und exekutiver Organe. Ausschließlich zivilgesellschaftlich organisierte Frauen hatten den Mut, offen ihr Interesse an Frieden, Versöhnung, Demokratisierung und der Normalisierung des täglichen Lebens zu bekunden.

Als einflussreiche Vertreter der internationalen Gemeinschaft, denen am Erfolg des Dayton-Abkommens gelegen war (Swanee Hunt, US-Botschafterin in Wien, US-Botschafter Robert L. Barry, Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, Elisabeth Rasmussen, stellvertretende Leiterin der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina), diese Frauengruppen erst einmal "entdeckt" hatten, erhielten diese erhebliche und systematische Unterstützung seitens der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, und zwar nicht nur für ihre Arbeit mit den Opfern kriegerischer Auseinandersetzungen, sondern auch für ihre Versuche, Frauen zu politischer Macht zu verhelfen. So startete das Programm "Frauen in der Politik".

Die gemeinsamen Bemühungen der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina, nichtstaatlicher Frauenorganisationen und einiger starker Politikerinnen verschiedener politischer Parteien überzeugten internationale Akteure, die Aufnahme erster Quotenregelungen in das Provisorische Wahlgesetz für die Wahlen in Bosnien und Herzegowina im Jahre 1998 zu akzeptieren; und in den Parlamenten der Republika Srpska und der Föderation Bosnien und Herzegowina waren statt drei bis fünf Prozent plötzlich 27 Prozent der Abgeordneten Frauen - genug, um zu demonstrieren, was sie erreichen können, wenn sie gleichberechtigt sind, aber dennoch nicht genug, um die *Mainstream*-Politik wirklich zu verändern.

Das Programm "Frauen in der Politik" (unter der Leitung von Mary Ann Ruakavina) der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina nahm die systemati-

sche Zusammenarbeit mit dem *CEE Network for Gender Issues* auf. Ziel war es, diesem ersten Durchbruch von Frauen in der Mainstream-Politik Dauerhaftigkeit zu verleihen, den neuen Politikerinnen das notwendige Problembewusstsein für Gleichstellungsfragen und die Kenntnisse, die in der modernen demokratischen Politik unabdingbar sind, zu vermitteln.

Als der Stabilitätspakt ins Leben gerufen wurde, war innerhalb seiner Strukturen formal wieder kein Platz für Frauen. Es gab lediglich die diffuse Wahrnehmung eines einzigen wirklichen Gleichstellungsproblems, das im Rahmen des Stabilitätspaktes in Angriff genommen werden sollte: das Problem des Menschenhandels mit Frauen und Kindern.

Als die Stabilitätspakt-Initiative anlief, waren die Frauen in der Region jedoch darauf vorbereitet, gegen die Rolle als Objekte und Opfer aggressiver, nationalistischer und ausschließlich männlicher Politik aufzubegehren. Auch waren sie stark genug sich dagegen zu wehren, ausschließlich auf die Rolle als Opfer des Menschenhandels reduziert zu werden - diesmal von der männlich dominierten internationalen Politik.

Auf Initiative von Botschafter Barry und Frauen aus Bosnien und Herzegowina sowie mit Unterstützung des *CEE Network for Gender Issues* wurde ein Appell gestartet und innerhalb einer Woche von über 150 ganz unterschiedlichen nichtstaatlichen Frauengruppen aus zwölf Ländern der Stabilitätspakt-Region unterzeichnet. In diesem Appell forderten Frauen offen als Beteiligte und gleichberechtigte Partner der internationalen Gemeinschaft und ihrer eigenen nationalen Regierungen beim Wiederaufbau von Frieden, gutnachbarschaftlichen Beziehungen, Wohlstand und Sicherheit ihrer Länder und der gesamten Region anerkannt zu werden.

Am Tag vor dem Stabilitätspakt-Gipfeltreffen lud die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina Vertreter der Unterzeichner des Frauen-Appells zu einer Tagung und zu einer Pressekonferenz ein. Bei dieser Gelegenheit traf Bodo Hombach, der Sonderkoordinator für den Stabilitätspakt, mit einer Delegation der Frauenkonferenz zusammen. Er versprach, ihre Forderungen im Rahmen des Stabilitätspaktes zu unterstützen. Er sagte sogar zu, eine Frau als Vorsitzende des Arbeitstisches I (Demokratisierung und Menschenrechte) zu nominieren. Ungeachtet seiner ehrlichen Bemühungen konnte das jedoch nicht realisiert werden.

Es waren noch eine Menge Lobbyarbeit und eine Reihe weiterer Anstrengungen vonnöten, bis die Frauen in der Stabilitätspakt-Region grünes Licht zur Einrichtung der *Stability Pact Gender Task Force* (Arbeitsgruppe des Stabilitätspaktes für Fragen der Gleichbehandlung von Mann und Frau) bekamen.

Die zweite schwierige Schlacht wurde um das Mandat der neuen Arbeitsgruppe geschlagen. Während mit Gleichstellungsfragen befasste internationale Politikerinnen vorschlugen, Gleichstellungsfragen in die Arbeit aller drei Arbeitstische des Stabilitätspaktes einzubeziehen, konzentrierten sich die männlichen Führer des Stabilitätspaktes in diesem Kontext - wie bereits er-

wähnt - auf ein einziges Thema: den Menschenhandel mit Frauen und Kindern.

Die *Gender Task Force* des Stabilitätspaktes unterschied sich jedoch erheblich von allen anderen Arbeitsgruppen des Arbeitstischs I. Sie war aus den verschiedenen demokratischen Frauengruppen der Zivilgesellschaft in allen Ländern der Region hervorgegangen. Ihr Programm beruhte auf nationalen und regionalen Erhebungen der dringendsten Bedürfnisse der Frauen in dieser Region.

Die *Gender Task Force* lehnte den so genannten *Mainstreaming*-Ansatz, d.h. den Ansatz der verstärkten Berücksichtigung der Gleichberechtigung von Mann und Frau bzw. der verstärkten Einbeziehung von Frauen in politische Konzepte und die politische Praxis, dann ab, wenn es in den Ländern des Stabilitätspaktes gar keine Frauen-"Strömung" gab, die hätte berücksichtigt werden können. Wie sollte eine Strömung einbezogen werden, die es nicht gibt? Es gab keine starken landesweit operierenden Gleichstellungsbewegungen, weder zahlreiche noch starke Politikerinnen in politischen Entscheidungsgremien, kaum Regierungseinrichtungen oder parlamentarische Gremien, die für eine Politik der Chancengleichheit zuständig waren. Wer also sollte das *Mainstreaming* durchführen?

Die *Gender Task Force* des Stabilitätspaktes lehnte es auch ab, sich mit Menschenhandel zu befassen. Nicht etwa, weil dies kein wichtiges Problem wäre, sondern um zu vermeiden, dass die Frauen in der Stabilitätspakt-Region wieder einmal auf die Opferrolle reduziert werden - diesmal durch die internationale Politik.

Die *Gender Task Force* begann sich mit den Synergieeffekten, die sich aus den vielfältigen Tätigkeiten und Positionen von Frauen in Gewerkschaften, Medien, Regierungen, politischen Parteien, in Parlamenten sowie in internationalen nichtstaatlichen und staatlichen Organisationen ergeben, zu beschäftigen. Sie nutzt systematisch den Austausch der besten Verfahren in der Region und in der weltweiten Frauenbewegung. Ihre vier Projekte für die Jahre 2000 und 2001 konzentrieren sich stark auf ein einziges Thema: *die politische Befähigung von Frauen*.

Für die Einrichtung der *Gender Task Force* des Stabilitätspaktes war die Unterstützung der OSZE - zunächst durch die Mission in Bosnien und Herzegowina, später durch das Sekretariat in Wien - von entscheidender Bedeutung. Die *Gender Task Force* erhält von der OSZE laufend logistische Unterstützung und arbeitet unter deren Schirmherrschaft. Bei der Entwicklung ihrer Strategie ist sie jedoch unabhängig. Dass sie so viele Frauen in der Region erreicht, ist der enormen Menge an freiwilliger Arbeit tausender Frauenaktivistinnen zu verdanken, die gemeinsam die Regionalprojekte der *Gender Task Force* des Stabilitätspaktes in ihren Ländern umsetzen. Sie sind in *Ad-hoc*-Netzwerken aus Frauengruppen und Regierungsstellen zusammengeschlossen, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen.

Von Anfang an (ihre formale Gründung erfolgte im November 1999) ruhte die *Gender Task Force* des Stabilitätspaktes auf zwei Säulen: einerseits auf den Regierungen, andererseits auf nichtstaatlichen Organisationen aus elf Ländern der Region. Sie verfügt auch über einen informellen Beirat sowie - seit Mai 2000 - über ein Informationsbüro, das *Gender Task Force Clearing-House* in Sarajewo, das mit einer Vollzeitstelle - der der Leiterin - ausgestattet ist. Die zweite fest angestellte Mitarbeiterin, die halbtags für die *Gender Task Force* arbeitet, ist deren Vorsitzende und hat ihren Sitz beim *CEE Network for Gender Issues* in Budapest.

Ergebnisse

Die Frauen in der Führung der *Gender Task Force* des Stabilitätspaktes wussten genau, was sie wollten: Frauen nicht nur dabei helfen, in die Politik als männliche Domäne vorzudringen, sondern auch die Werte, Prioritäten und Spielregeln dieser Politik verändern. An die Stelle einer Politik des Hasses und der Ausgrenzung sollen Kompromissbereitschaft, Respekt vor Unterschieden und Integration treten; an die Stelle der Politik der so genannten "großen Fragen" soll die Politik der "kleinen Probleme" der sozialen Gleichheit und der Gleichheit der Geschlechter im täglichen Leben treten; die Politik großer autokratischer Führer soll von einer transparenten, verantwortlichen Politik, die klaren und anerkannt demokratischen Prinzipien folgt, abgelöst werden.

Sie waren sich darüber im Klaren, dass dies ehrgeizige Ziele sind und dass sie sie nur würden erreichen können, wenn sie sie auf neuesten internationalen, bindenden Dokumenten zur Gleichstellung gründen, wenn sie grenzüberschreitend arbeiten, weibliche Solidarität mobilisieren und wenn sie die politische Bühne durch den Haupteingang als gut organisierte und starke Gruppierung betreten. *Tatsächlich nahmen sich diese Frauen vor, zu einer besonderen politischen Kraft zu werden.*

Die Übersicht über die Ergebnisse des wichtigsten Regionalprojekts der *Gender Task Force* des Stabilitätspaktes, "Frauen können es", zeigt, auf welche Weise sie ihre ersten Schritte in die richtige Richtung unternahmen (siehe Tabelle 2).

Diese Daten und Fakten verraten noch nichts über das Wichtigste: Wo früher lediglich vereinzelte Frauen-NGOs und kleine, voneinander getrennt agierende Frauenorganisationen innerhalb politischer Parteien bestanden, haben wir heute ein landesweites und die gesamte Region umspannendes Frauennetzwerk mit klaren Vorstellungen von dem gemeinsamen Ziel. Dort, wo die Mechanismen zur Gleichstellung der Geschlechter nur sehr schwach waren oder sogar ganz fehlten, gibt es heute energische Bemühungen, sie auf- und auszubauen und mit einem umfassenden Mandat zur Gleichstellung von Mann und Frau auszustatten. Wo zuvor Abscheu vor der Politik, Zynismus

und Apathie herrschten, gibt es jetzt eine neue Vision demokratischer Politik, Optimismus und Taten.

Schematische Zusammenfassung der Rolle von Frauen in der Transformationsphase in der Stabilitätspakt-Region:

Seit Mitte der achtziger Jahre durchlebt der Balkan alle Phasen kriegerischer Konflikte.

Die Vorphase der kriegerischen Konflikte 1986-1991:

- Rückgang der Wirtschaftsentwicklung,
- Anwachsen sozialer Spannungen,
- Destabilisierung früher tonangebender politischer Akteure,
- Herausbildung einer neuen Generation politischer Führer durch die Transformation des Entwicklungsstillstands und der sozialen Spannungen in ethnische Ausgrenzung und Hass,
- massiver Missbrauch der Massenmedien mit dem Ziel, die Völker aller Länder auf Krieg als Lösung einzuschwören,
- Missbrauch der jeweiligen serbischen nationalen Minderheit zur Beseitigung von Rechtsstaatlichkeit und Auflösung der rechtmäßigen staatlichen Behörden im Kosovo, in der Vojvodina, in Montenegro, in Kroatien sowie in Bosnien und Herzegowina,
- verdeckte leichte Bewaffnung der bisher vorwiegend unbewaffneten Gegner der künftigen kriegerischen Konflikte.

Die Rolle der Frauen in der Vorphase:

- Die Mehrheit zieht sich ins Privatleben zurück oder lässt sich in die neue Politikrichtung hineinziehen.
- Eine Minderheit organisiert sich in neuen Frauenbewegungen, die sich zunächst für politische und persönliche Rechte von Frauen, für Abrüstung und Entmilitarisierung sowie - vor Ausbruch der Kriege - für die Verhütung kriegerischer Konflikte einsetzen. Diese Gruppen bleiben in ihren eigenen Ländern Randerscheinungen und erhalten zu keiner Zeit echte Unterstützung von Seiten der internationalen *Mainstream*-Politik.

Die Kriegsphase:

- Der Versuch, die multinationale Volksarmee zur Verhinderung der friedlichen Abspaltung Sloweniens zu missbrauchen, schlägt fehl, daher beginnt man mit der "Serbisierung" der Jugoslawischen Volksarmee.

- Untergrundkämpfer (Kriminelle, paramilitärische Söldner) werden nach Kroatien eingeschleust, um dort bewaffnete Konflikte anzuzetteln. Die Jugoslawische Volksarmee wird als Besatzungsarmee missbraucht.
- Nach demselben Modell in Kombination mit der bereits vollzogenen Besetzung Bosnien und Herzegowinas durch die nun rein serbische Jugoslawische Volksarmee wird in Bosnien und Herzegowina vorgegangen.
- Klassische Territorialkriege, die der eigenen und der internationalen Öffentlichkeit als interethnische Bürgerkriege verkauft werden, wüten in Kroatien und in Bosnien und Herzegowina in den Jahren 1992 bis 1995.
- Die NATO bombardiert die Republika Srpska.
- Im November 1995 wird das Friedensabkommen von Dayton geschlossen.

Die Rolle der Frauen in der Kriegsphase:

- Die Mehrheit der Frauen wird zu Opfern der Kriegsgräueltaten und der wirtschaftlichen Kriegsfolgen.
- Ehemalige Frauen-Friedensbewegungen leisten humanitäre Hilfe und engagieren sich dafür, Kriegsoptionen international zu ihrem Recht zu verhelfen.
- Die Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Beijing erklärt Vergewaltigung im Krieg zu einem Verbrechen gegen die Menschlichkeit; die Aktionsplattform von Beijing erhält ein Kapitel über die Notwendigkeit einer aktiven Rolle von Frauen bei der Verhütung und Lösung bewaffneter Konflikte.
- Frauen beginnen, sich innerhalb politischer Parteien (zumeist sozialdemokratischer und Zentrumsparteien) und Gewerkschaften zu organisieren. Es gibt erste Quotenregelungen in den Statuten politischer Parteien (in Slowenien, Kroatien sowie Bosnien und Herzegowina).
- Die internationale *Mainstream*-Politik ignoriert die mögliche Rolle von Frauen bei der Formulierung und Implementierung des Friedensabkommens von Dayton völlig.

Die Nach(?)kriegsphase:

- hartes Durchgreifen Serbiens gegen die UCK im Kosovo (1999),
- NATO-Bombardierung der Bundesrepublik Jugoslawien (1999),
- Stabilitätspakt-Initiative (Juli 1999),
- Friedensabkommen mit der Bundesrepublik Jugoslawien (1999),
- albanischer Terror gegen die serbische Minderheit im Kosovo (1999 bis heute),
- schrittweise demokratische Machtübernahme durch demokratischere Parteien: Djukanović in Montenegro, Racans Koalition in Kroatien, de-

- demokratische Opposition in Serbien und der Vojvodina, Rugovas Sieg bei den Kommunalwahlen im Kosovo (2000),
- schwankende Implementierung des Dayton-Abkommens in Bosnien und Herzegowina; langsames Anwachsen der Parteien, die einen multiethnischen Gesamtstaat Bosnien und Herzegowina unterstützen; unerwartetes Wiedererstarken der extrem nationalistischen Parteien der Serben und Kroaten in Bosnien und Herzegowina,
- bewaffnete Rebellion von Extremisten der albanischen Minderheit in Mazedonien (März 2001).

Die Rolle der Frauen in der Nachkriegsphase:

- anhaltende Bemühungen um wirkliche Gleichstellung in der Politik sowie klare Vorstellungen, wie diese verändert werden muss;
- erste Quotenregelung im provisorischen Wahlgesetz in Bosnien und Herzegowina im Jahre 1998, 26 Prozent der Abgeordneten sind Frauen; Einführung einer 30-Prozent-Regel für offene Listen im endgültigen Wahlgesetz Bosnien und Herzegowinas; auf kommunaler und Entitätsebene werden 18 Prozent Frauen gewählt; Einführung nationaler Gleichstellungsinstrumente auf Staats- und Entitätsebene;
- Gründung der *Gender Task Force* des Stabilitätspaktes, die das Ziel der politischen Befähigung von Frauen verfolgt;
- Wahl von 21 Prozent Frauen ins Parlament der Nach-Tudjman-Ära in Kroatien; Frauen haben außerdem das Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten und drei Ministerposten inne; Verbesserung des landesweiten Gleichstellungsmechanismus;
- entscheidende Rolle der organisierten demokratischen Frauenbewegung in Serbien und in der Vojvodina bei der Absetzung Miloševićs; ins serbische Parlament werden zwölf Prozent Frauen gewählt (vorher: fünf Prozent); starker Anstieg des Anteils von Frauen in Führungspositionen in der Exekutive in Serbien und in der Vojvodina;
- positiver *Spillover*-Effekt in der Wahrnehmung der Rolle der Frau im Kosovo: Gleichstellungsabteilung der OSZE-Mission im Kosovo (OMIK), 30 Prozent-Quotenregelung für die ersten freien Kommunalwahlen im Kosovo; Wahl von acht Prozent Frauen als Gemeinderätinnen aus offenen Listen;
- organisierte Bemühungen, mehr kompetente Frauen in die Parlamente Albaniens, Mazedoniens sowie in die Kommunalverwaltungen in Kroatien zu bekommen; Start der Gleichstellungskampagne in Slowenien;
- Kampf organisierter Frauen in Mazedonien um die Einbeziehung in die politische Lösung der Krise als gleichberechtigte Partnerinnen, bevor es zu spät ist.

Tabelle 2

Facts and Figures about SP GTF Women Can Do It Project 2000-2001
(Presented at the SP GTF Regular regional meeting in Sarajevo, February 11, 2001)

Country	Type of Elections	Project Type	ToT Seminars	Trainers Trained	Local Training/Campaigns	Trained Politicians Activists	Geographic Outreach	Activist Outreach to Voters	Media Outreach to Voters	Results-Elected Women	Notes
Albania	Local	WCDI	1	40	40 1 National Media Campaign	1080	Whole country		Nation-wide	Trend reversed, going up	Impossible to get formal data
Montenegro	Local	WCDI	3	75	2	41			Nation-wide		Ongoing project
Bosnia and Herzegovina	Local	WCDI	3	65	175	3258	Whole country		Nation-wide	From 5.3% to 18.2% From 27% to 19%	Open lists Closed/ open lists 40% of elected women were trained
	National	WCDI	1		15 1 National Media Campaign	300	Whole country Whole country				
Croatia	Local	WCDI WVCDI	3	51	4	100			Nation-wide		Ongoing project
Macedonia	Local	WCDI	1	60	120	2400	Whole country	36 000	Nation-wide	From 105 to 165 councl. From 0 to 3 female mayors	Impossible to get official data
		WVCDI	1	70	1 National Media Campaign						

Romania	National	WVCDI	2	28	26		26 out of 40 districts Whole country	720	Nation-wide	From 6% to 9%
					28 Press Conference					
Serbia/ Vojvodina	Local Provincial	WCDI	1	27	56	960	DOS governed localities		Nation-wide	Impossible to get formal data on locally elected women
	Federal	WVCDI			3	970	Whole country	460 000		
	Presidential	WVCDI		65				390	From 5.2% to 11%	
	National				4 Media Campaigns		Whole country			
Recapitulation		6 WCDI 6 WVCDI		481	483 Local Trainings 11 Media campaigns	8139 women politicians 970 activists		497 110		From average 7% of female MPs SP trend goes up to 12%

WCDI = Women Can Do It; WVCDI= Women Voters Can Do It; ToT= Train the Trainer training

Mit der Unterstützung der OSZE erhielten Frauen in Südosteuropa erstmals eine kleine Chance von Seiten der internationalen *Mainstream*-Politik, eine Strategie für den Plan ihrer eigenen politischen Befähigung zu entwickeln und umzusetzen.

Die Zukunft?

Die *Gender Task Force* des Stabilitätspaktes zahlt einen hohen Preis für ihre Originalität und die Hartnäckigkeit, mit der sie die Eigentümerschaft regionaler Frauengruppen an ihren Projekten zu erhalten versucht: keine institutionelle Stabilität, keine gesicherte Zukunft. Ihre Anfangserfolge sind keineswegs unumkehrbar. Die *Gender Task Force* muss sich weiterentwickeln und benötigt eine stärkere, verlässliche, langfristige Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft. Sie braucht kleine aber hochprofessionelle Regionalzentren zur Weiterentwicklung konkreter Gleichstellungspolitik sowie nationale Büros in allen Ländern der Region. Die Fortführung und der Ausbau der Schulungsmodule des "Frauen-können-es"-Programms für alle jetzigen und künftigen Politikerinnen sind ebenso notwendig wie die Erweiterung ihres Themenspektrums um die ökonomische Befähigung von Frauen sowie deren systematische Beteiligung am Aufbau von Frieden und Sicherheit in ihren Ländern und der gesamten Region.

Frauen aus den zwölf Ländern haben den Stabilitätspakt als Chance genutzt. Mit Unterstützung der OSZE ersannen und positionierten sie eine neue internationale Institution, die für sie arbeitet: die *Gender Task Force* des Stabilitätspaktes.

Das demokratische Europa und die internationale demokratische *Mainstream*-Politik müssen einen Weg finden, den explosiven Südosten Europas zu stabilisieren und zu entwickeln. Nach den Erfahrungen mit dem Stabilitätspakt besteht die berechtigte Hoffnung, dass die Frauen dieser Region eine Möglichkeit finden werden, die internationale Gemeinschaft davon zu überzeugen, sie als gleichberechtigte Teilhaberinnen und Partnerinnen in all ihren künftigen Bemühungen um Frieden, Demokratisierung und Wohlstand in dieser Region zu betrachten.